

„Hol Dir Deine Stadt zurück.“

Dieser Aufruf könnte in einem Kriegsfilm oder einer Episode der Serie „Game of Thrones“ vorkommen, in der es gelegentlich „take the castle back“ heißt. Den Satz habe ich auf Plakaten gefunden, mit denen eine Partei bei der Kommunalwahl 2025 in Bielefeld für sich warb. Der martialisch klingende Aufruf hat mich ratlos gemacht. Bielefeld gehört mir nicht und niemand hat mir die Stadt weggenommen, sodass ich keinen Grund sehe, sie mir zurückzuholen. Daran ändert auch die Parole „Ein Bielefeld, das allen gehört“ nichts. Eine Stadt ist keine Aktiengesellschaft, an der die Bürger Anteile halten.

Es gab zahlreiche weitere Wahlplakate, die den Leser schwer ins Grübeln bringen konnten. Die Absicht „Nähe zu allen Stadtteilen zu schaffen“, klingt auf den ersten Blick fast kuschelig. Aus Erfahrung weiß ich aber, dass zu viel Nähe zu Menschen und Institutionen nicht unbedingt angenehm ist. Das auf einem Plakat beschworene Ziel „Die solidarische Stadt! Integration leben“ ließ immerhin erahnen, was damit gemeint sein soll. Noch kürzer und knapper ist der Text eines anderen Plakats: „Klimaschutz!“ Wer würde sich der Notwendigkeit, das „Klima“ zu schützen, verschließen wollen? Worauf es hier und in anderen Bereichen ankommt, habe ich auf einem anderen Plakat gelesen: „Keine Faxen“.

Wer den „Wechsel“ wählt, versprach eine Parole, gewinnt die Zukunft. Es müsse aber ein „echter Wechsel“ sein, wie auf einem anderen Plakat angemahnt wurde. Dazu wünschte sich eine Partei „Macht für das Morgen“. Vielleicht würde es aber schon genügen, wenn die Macht für heute mit ihr wäre. Die Zukunft wird im Übrigen so oder so kommen, egal, wer im Rathaus das Sagen hat.

Dass es den Wählerinnen und Wählern (auch) künftig gut geht, liegt anscheinend allen Parteien am Herzen. Dazu gehören laut Plakatwerbung „gute Arbeit“, „bezahlbarer Wohnraum“, „Plätze für Pflege“ und „Gut leben in jedem Alter“. Auf diese Ziele könnten sich wohl alle Gruppen leicht verständigen. Schwieriger wird es bei der Frage, wie diese Ziele zu erreichen sind. Der Forderung „Keine Profite bei der Miete“ stimmen vermutlich spontan alle Mieter zu, was angesichts der stark gestiegenen Nebenkosten verständlich ist. Eine Änderung des

Mietrechts in diesem Sinne dürfte allerdings die Bereitschaft privater Investoren, „bezahlbaren Wohnraum“ zu schaffen oder zu unterhalten, nicht stärken. Ob eine überschuldete Stadt hier einspringen würde?

Die Wirtschaft bzw. ihre Förderung war ein mehrfach angesprochenes Thema. Eine Partei hat es mit einem kleinen Wortspiel versucht: „Weniger Zettel, mehr Wirtschaft“. Auch solle man „Ideen möglich machen“ um die Wirtschaft zu fördern. Das ist ein sehr bescheidener Wunsch, zumal wohl niemand auf die Idee käme, Ideen zu verbieten.

Ein guter Freund hat mir gesagt, dass Leute, die sich durch derartige Plakate beeinflussen lassen, besser kein Wahlrecht hätten. Das wäre, falls ernst gemeint, ein möglicherweise nicht ganz fernliegender, aber gefährlicher Gedanke; er wäre mit einem Grundprinzip der Demokratie unvereinbar. Die Gruppe der Wähler, die Plakatwerbung ernst nimmt, dürfte allerdings überschaubar sein.

Bei aller Skepsis gegenüber Wahlkampffrasen und sinnfreien textlichen Äußerungen sehe ich einen positiven Aspekt: Auf keinem Wahlplakat in Bielefeld habe ich Parolen gelesen, die offensichtlich den Tatbestand der Volksverhetzung (§ 130 StGB) erfüllten oder gegen die öffentliche Ordnung verstießen. Fast niemand hat physische Angriffe auf andere Menschen ins Spiel gebracht – einzige Ausnahme: der (mehrdeutige) Plakattext „Nazis töten“ (nicht strafbar nach Ansicht des *Amtsgerichts Bielefeld*, Beschl. v. 19.2.2020 – 9 Gs 5355/19) – oder einem gesellschaftlichen Phänomen („Multikulti“) letale Folgen zugeschrieben (s. hierzu *Verwaltungsgerichtshof München*, Beschl. v. 24.5.2019 – 10 CE 19.1032).

Eine Garantie, dass es auch bei künftigen Wahlen, nicht nur auf kommunaler Ebene, halbwegs zivilisiert zugehen wird, gibt es aber leider nicht. Erst recht sollte man nicht das Verschwinden des „Gaga“-Faktors bei Wahlplakaten erwarten. Ich persönlich fände Letzteres sogar schade, weil dies den Wahlkampf (noch) langweiliger machen würde.

Prof. Dr. J. Vable, Bielefeld